

## **Israel: Fundamentalist fordert queere Menschen zur Busse auf**

**Am Montag haben tausende, queere Israelis eine Textnachricht erhalten, in der übelste Drohungen standen. Wer genau hinter der äusserst LGBTI+ feindlichen Aktion steckt ist unbekannt. Warnung: Im folgenden Text stehen äusserst menschenverachtende Drohungen gegen queere Menschen.**

"Du bist LGBT und ein Abtrünniger. Du verdienst eine harte Strafe, den Tod und die Deportation aus Israel. Komme zur Yeschiwa Ohr Elhanan, um Busse zu tun. Wir würden uns freuen, wenn Du dich zum Glauben bekehrst." Dies steht in der Nachricht geschrieben, welche an Tausende von queeren Menschen in Israel geschickt wurde. In der Nachricht stand zudem noch eine Telefonnummer und ein Telegram-Konto, über welches man Kontakt aufnehmen kann.

Angeblich soll die Nachricht von Rabbi Chaim Aryeh Hadash von der Yeshiva Ohr Elhanan verschickt worden sein, einer streng orthodoxen, jüdischen Schule in Jerusalem. Hadash streitet eine Beteiligung an dieser Aktion allerdings ab. Die Schule habe sich noch nie zu LGBTI+ Themen geäussert. Er forderte zudem die Polizei auf, Untersuchungen einzuleiten.

Agudah, eine Vereinigung für die Gleichstellung von LGBTI+, bestätigte gegenüber den Medien, dass Tausende von queeren Israelis diese Nachricht am Montag erhalten haben. Die Organisation hat in der Zwischenzeit eine Hotline eingerichtet, bei der sich betroffene melden können, um betreut zu werden und um mit jemandem sprechen zu können.

Laut der Israel Internet Association bestehe die Möglichkeit, dass die Urheber der Nachrichten über eine Cyberattacke gegen die Dating-Webseite Araf anfangs Oktober an die Daten gekommen sind. Dabei könnte die Hackergruppe Black Shadow daran beteiligt gewesen sein, heisst es weiter. Da es sich um Textnachrichten handle, sei es möglich den Urheber ausfindig zu machen. Mit diesem Vorgehen sei der Schutz der Privatsphäre aufs grösste verletzt worden.

Die Polizei hat Ermittlungen aufgenommen und Agudah fordert alle auf, welche eine solche Nachricht erhalten haben, dass sie sich bei den Untersuchungsbehörden oder über die Webseite der Organisation melden.